

Montag, 22. November 2010

Freie Wähler treten nicht an

Warten auf die Wahl 2016.

OBERNDORF (BZ). Die Freien Wähler treten nicht zur Landtagswahl im März kommenden Jahres an. Die Freie Wähler Landesvereinigung Baden-Württemberg entschied sich bei einer Mitgliederversammlung am Samstag in Oberndorf nach eigenen Angaben gegen eine Teilnahme.

Die erst vor einem halben Jahr gegründete Landesvereinigung tritt vor allem deshalb nicht an, weil die Freien Wähler in dieser Frage nicht einig sind. "In der Kürze der Zeit ist es uns nicht gelungen, alle Freien Wähler zu überzeugen", erklärte der Vorsitzende Ulrich Mentz. Aktuell hätten 27 Kandidaten antreten wollen. Diese warteten nun auf die nächste Wahl. Bis dahin würden es sicherlich mehr, hofft Mentz. Der konkurrierende Freie Wähler Landesverband lehnt eine Teilnahme an der Wahl grundsätzlich ab.

dpa - Meldung vom 22.11.2010

Zur Entscheidung der Freie Wähler - Partei, Landesvereinigung BW, nicht zur Landtagswahl 2011 anzutreten:

Parteien/Landtagswahl/

Freie Wähler wollen zur übernächsten Landtagswahl antreten=

Kirchzarten/Stuttgart (dpa/lsw) - Die Landesvereinigung Freie Wähler will erst zur übernächsten Landtagswahl antreten. Der ursprüngliche Plan, bereits am 27. März kommenden Jahres teilzunehmen, sei von 60 Prozent der Mitgliederversammlung abgelehnt worden, erläuterte der Vorsitzende der Landesvereinigung Ulrich Mentz am Montag in Kirchzarten (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald). Mentz zeigte sich enttäuscht und überrascht, weil er persönlich die Organisation schon reif für die nächste Landtagswahl gehalten hatte.

Es gelte nun, mehr Mitglieder aus Ortsvereinigungen und anderen Gruppierungen zu gewinnen und gestärkt an der übernächsten Landtagswahl teilzunehmen. Mit 27 Kandidaten sei auch ein internes Ziel, für die Hälfte der 70 Landtagswahlkreise Freie Wähler zu nominieren, nicht erreicht worden, sagte Mentz, der 16 Jahre Bürgermeister in Kehl war. Zu der Mitgliederversammlung am vergangenen Samstag waren nur 30 von 70 Mitgliedern erschienen.

Doch lasse sich die Organisation nicht entmutigen, zumal das Mitgliederpotenzial im Südwesten mit rund 10 000 Funktionsträgern in Gemeinderäten und Kreistagen sehr hoch sei, erklärte Mentz. Etwa jeder vierte davon sei im Landesverband der Freien Wähler organisiert, der sich nur der Kommunalpolitik widmet. Die restlichen sind aus Sicht von Mentz potenzielle Mitglieder für die Landesvereinigung. Allerdings bleibe die Arbeitsteilung mit dem

Landesverband bestehen: «Wir wollen dem Landesverband keine Konkurrenz machen.»

Die beiden Organisationen hatten sich vor kurzem noch vor Gericht gestritten: Das Landgericht Nürnberg-Fürth hat eine Klage der «Freien Wähler Landesverband Baden-Württemberg» (FWV) abgelehnt, die gegen die Nutzung des Begriffs «Freie Wähler» geklagt hatten. FWV-Landeschef Heinz Kälberer stemmt sich seit Jahren dagegen, dass die Freien Wähler zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen antreten. Denn dann müssten sie eine Partei gründen und würden aus Sicht Kälberers vermutlich ihre Attraktivität für viele Menschen in den Kommunen verlieren. Nach Angaben des Rechtsexperten des Landesverbandes wird nach einstimmigen Beschluss des FWV-Vorstandes Berufung gegen die Nürnberger Entscheidung eingelegt.

dpa-Notizblock

Auf der Titelseite:

Wahl ohne Freie Wähler

Oberndorf.

Die Freien Wähler (FW) treten im März 2011 nicht zur Landtagswahl in Baden-Württemberg an. Die Landesvereinigung der FW verzichtete auf einer Mitgliederversammlung in Oberndorf vor allem wegen der gespaltenen Situation mit dem konkurrierenden Landesverband auf eine Wahlteilnahme.

"In der Kürze der Zeit ist es uns nicht gelungen, alle Freien Wähler zu überzeugen", erklärte der Vorsitzende Ulrich Mentz. Unterdessen scheiterte der Landesverband mit einer Namensschutzklage vor dem Landgericht Nürnberg-Fürth und kündigte Berufung an. aw

Seite 6

Freie Wähler blasen Kandidatur ab

Oberndorf. **Zur Landtagswahl im März stehen keine Freien Wähler auf den Stimmzetteln. Die Rebellen der Landesvereinigung verzichtet auf die Teilnahme.**

Die kleine Landesvereinigung der Freien Wähler im Südwesten nimmt nicht an der Landtagswahl am 27. März 2011 teil. Beschlossen wurde das am Samstag auf der Mitgliederversammlung in Oberndorf (Kreis Rottweil). "Wir haben nicht genug Kandidaten gefunden", sagte Ulrich Mentz, der Landesvorsitzende der Vereinigung aus Kirchzarten. 70 Wahlkreise gibt es, "sichere Kandidaten" seien aber landesweit "weniger als 20" gefunden worden, sagte Mentz der SÜDWEST PRESSE. "Die Zeit war einfach zu kurz", meinte Mentz. Außerdem sei die Konkurrenzsituation mit dem Landesverband der Freien Wähler sehr schwierig. "Wir setzen jetzt auf weiteren Aufbau."

Die Landesvereinigung war erst im Mai 2010 gegründet worden, Anlass war die ablehnende Haltung des traditionsreichen Landesverbands der Freien Wähler zu einer Kandidatur als politische Partei.

Einige Kommunalpolitiker aus den Reihen der Freien Wähler wollten sich nicht auf die Arbeit in Städten und Gemeinden beschränken. Sie gründeten ihre eigene Vereinigung und traten auch dem Bundesverband der Freien Wähler bei, den der Landesverband der Freien Wähler bereits 2009 verlassen hatte - im Streit ums Antreten bei Bundes- und Landtagswahlen. An der Spitze des Bundesverbands steht Hubert Aiwanger, der mit seinen bayerischen Freien Wählern bei der Landtagswahl 2008 im Freistaat 10,2 Prozent der Stimmen holte.

Der baden-württembergische Landesverband lehnt eine Teilnahme an den Wahlen zu Landtag, Bundestag oder Europaparlament strikt ab, will sich auf die Arbeit in den Kommunen konzentrieren und wehrt sich auch dagegen, dass die konkurrierende Landesvereinigung ebenfalls die Bezeichnung "Freie Wähler" im Namen führt. Das sei

"Etikettenschwindel", sagte Heinz Kälberer, Vorsitzender des Landesverbands und Ex-Oberbürgermeister von Vaihingen an der Enz.

Mit einer Namensschutzklage hatte der Verband allerdings bisher keinen Erfolg. Das Landgericht Nürnberg-Fürth urteilte, eine Ko-Existenz sei möglich, weil der Landesverband nur auf kommunaler Ebene antrete und die Landesvereinigung nur darüber. Der Landesverband geht jetzt gegen das Urteil in Berufung. Das hat der Vorstand am Samstag einstimmig beschlossen.

Schwarzwälder Bote - online 22.11.2010

Freie Wähler bremsen den eigenen Vorstand aus

Von Schwarzwälder-Bote, aktualisiert am 21.11.2010 um 22:40



Ulrich Mentz Foto: Sikeler Foto: Schwarzwälder-Bote

Von Jens Sikeler Oberndorf.

Nach den Freien Wählern werden die Bürger auf ihrem Wahlzettel für die nächste Landtagswahl vergeblich suchen. Bei der Mitgliederversammlung der Landesvereinigung Freie Wähler Baden-Württemberg votierten am Samstag in Oberndorf (Kreis Rottweil) rund 60 Prozent der Delegierten gegen eine Teilnahme.

Dabei hatten der Landesvorsitzende Ulrich Mentz und sein Geschäftsführer Jörg Stimpfig im Vorfeld und auch während der Veranstaltung für ein Antreten bei der Landtagswahl geworben und sich damit vom Landesverband der Freien Wähler abgesetzt. Von einer Enttäuschung wollte Mentz unserer Zeitung gegenüber dennoch nicht sprechen. "Ich finde es schade", räumte er ein. "20 Wochen waren einfach zu wenig", suchte Stimpfig nach Gründen. So lange gibt es die Landesvereinigung.

Wo "Landesvereinigung" drauf steht, ist allerdings eine Partei drin. Nur die, so sieht es das Landeswahlgesetz vor, darf bei Landtagswahlen mitmachen. 100 Mitglieder hat die Partei mittlerweile. 27 von ihnen hatten sich bereit erklärt bei der Landtagswahl zu kandidieren, manche von ihnen auch in zwei Wahlkreisen. Vor allem im Südwesten und im Nordosten des Landes fehlten trotzdem Kandidaten. Das mag dazu beigetragen haben, dass sich die Delegierten gegen die Teilnahme an der Landtagswahl entschieden. Von der Entscheidung ihrer Mitglieder ließen sich Stimpfig und Mentz aber nicht entmutigen. Bei der nächsten Landtagswahl, so hoffen sie, werden die Freien Wähler dann dabei sein.

Die Freien Wähler sind eine Partei wider Willen, denn sie wollen bleiben, was sie dem Namen nach sind – "Freie Wähler". Die Frage nach den politischen Zielen fällt Mentz und Stimpfig deshalb schwer. Nein, ein Programm gebe es nicht, so Mentz. Allenfalls "Eckpunkte", erklärte der Vorsitzende, sollen in den kommenden Monaten erarbeitet werden. Vor allem für zwei Dinge wollen die Freien Wähler auf Landesebene kämpfen: Mentz forderte eine strikte Wahrung des Konnexitätsprinzips, soll heißen, wer bestellt, muss auch bezahlen. Den Gemeinden, beklagte Mentz, seien von Land und Bund immer mehr Aufgaben, etwa in der Bildungspolitik, aufgedrängt worden, die sie bezahlen müssten. Außerdem wollen die Freien Wähler mehr Bürgerbeteiligung